

Landtagswahlen in der DDR

Aufruf von Volker Rühle: „Machen Sie mit“

Liebe Freunde,

am 14. Oktober 1990 finden in fünf Ländern der DDR Landtagswahlen statt. Damit entstehen die alten geschichts- und kultureichen deutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wieder.

Es geht um viel bei dieser Wahl. Die Probleme in der DDR sind groß. Sie können nur überwunden werden, wenn die alten Strukturen des Sozialismus in Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, die heute den Fortschritt in der DDR blockieren, abgelöst werden. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft können ihre dynamische Kraft nur entfalten, wenn sie durch CDU-geführte Regierungen auch auf der Landes-ebene konsequent durchgesetzt werden.

Es geht darum, daß die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl auch in den Ländern im wiedervereinigten Deutschland durchgesetzt wird. Dies gilt auch mit Blick auf die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

Sie alle wissen, daß unsere Parteifreunde in Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Regierungserklärung

Bundeskanzler Helmut Kohl: Der heutige Tag ist ein Tag der Freude für alle Deutschen. Seite 3

● Deutschland

Alfred Dregger: Der 3. Oktober – ein glücklicher Tag in der Geschichte unseres Volkes. Seite 11
Theo Waigel: Wir brauchen jetzt die Solidarität von Bund, Ländern und Gemeinden. Seite 13

● Wehrpflicht

Grundwehrdienst wird ab 1. Oktober von 15 auf 12 Monate verkürzt. Seite 21

● Asylrecht

Lafontaine ist bei seiner SPD gründlich gegen die Wand gelaufen. Seite 23

● Tiefflüge

Ab Mitte September 300 Meter Mindesthöhe. Seite 24

● Öffentlichkeitsarbeit

Die neuen Handbücher zur modernen Parteiarbeit und die neuen Faltblätter. Seite 25/26

● Dokumentation

Wir freuen uns auf Deutschland. Musterrede für den Wahlkampf. Übergangsprobleme in der DDR. Das Erbe von 40 Jahren Sozialismus. Grüner Teil

Auch bei dieser Wahl wieder: „Freunde helfen Freunden“

(Fortsetzung von Seite 1)

und Thüringen unsere Unterstützung brauchen. Wie vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 werden wir sie vor allem durch personelle und organisatorische Hilfe unterstützen.

Vor allem aber wollen wir unsere Aktion „Freunde helfen Freunden“ im Rahmen der Patenschaften zwischen den Landes- und Kreisverbänden, die sich bei den Volkskammerwahlen so hervorragend bewährt haben, wiederholen. Diese Aktion, bei der Zehntausende von CDU-Mitgliedern zum Wahlkampf in die DDR gegangen sind, war unser Erfolgsrezept für den Wahlsieg der CDU. Die SPD hatte dem nichts Entsprechendes entgegenzusetzen.

Die Wahlkampfstärke der Mitgliederpartei hat sich gerade bei dieser Wahl eindrucksvoll bewährt. Durch nichts kann der persönliche und engagierte Einsatz, das Gespräch mit den Bürgern und die Präsenz der Parteimitglieder auf Straßen und Plätzen ersetzt werden.

Ich rufe Sie auf, machen Sie auch bei dieser Wahl wieder mit bei unserer Aktion „Freunde helfen Freunden“.

Stellen Sie sich für die Aktionen, die jetzt durch Ihre Landespartei im Rahmen der Patenschaften geplant und vorbereitet werden, zur Verfügung.

Sprechen Sie in der DDR insbesondere mit den Arbeitnehmern, Landwirten, Rentnern und Frauen, die bei der Volkskammerwahl überwiegend der CDU ihre Stimme gegeben haben und die jetzt teil-

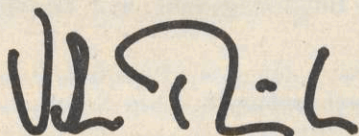
weise durch dieselben SED/PDS-Funktionäre aufgehetzt werden, von denen sie 40 Jahre lang unterdrückt wurden.

Und helfen Sie insbesondere mit, die Zeitung „Deutschland am Wochenende“, die für eine flächendeckende Verteilung in der DDR durch die Bundesgeschäftsstelle der CDU vorbereitet wird, zu verteilen. Die Wahlkampfzubereitungen gemeinsam mit unseren Parteifreunden in den Landesverbänden laufen auf Hochtouren. Erste hauptamtliche Mitarbeiter gehen schon in den nächsten Tagen in die Landes- und Regionalgeschäftsstellen in Mecklenburg, Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und werden dort mithelfen, den Wahlkampf zu organisieren.

Was wir jetzt brauchen, ist Ihr persönlicher Einsatz. Ich weiß, viele von Ihnen sind durch die Vorbereitungen auf die gesamtdeutsche Wahl oder eigene Landtagswahlen stark belastet.

Dennoch: Machen Sie mit. Es geht um viel. Es geht darum, die erfolgreiche Politik Helmut Kohls und der CDU in ganz Deutschland durchzusetzen. Dazu brauchen wir den Wahlsieg auch bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990.

Mit freundlichen Grüßen



Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der heutige Tag ist ein Tag der Freude für alle Deutschen

Die Volkskammer der DDR hat heute nacht mit einer Mehrheit von mehr als 80 Prozent der abgegebenen Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, daß

- die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind,
- die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt,
- die Länderbildung so weit vorbereitet ist, daß die Wahl der Länderparlamente am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“

Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer hat hiermit uns alle in die Pflicht genommen.

Der heutige Tag ist ein Tag der Freude für alle Deutschen. Am Mittwoch, dem 3. Oktober 1990, wird der Tag der Wiedervereinigung gekommen sein. Es wird ein großer Tag in der Geschichte unseres Volkes sein. Nach mehr als vierzig Jahren geht in Erfüllung, wozu die Präambel des Grundgesetzes „das gesamte Deutsche Volk“ auffordert: „in freier Selbstbestimmung

die Einheit und die Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Wie könnte man den Willen der Deutschen in zeitlos gültiger Weise besser zum Ausdruck bringen? Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes bewiesen mit der Formulierung der Präambel Weitsicht, Klarheit des Geistes und Geschichtsbeußtsein.

Der heutige Tag ist zugleich auch ein Tag der Dankbarkeit. Unser Respekt und unsere Anerkennung gelten den Kollegin-

Erklärung der Bundesregierung zur Beitrittserklärung der Volkskammer der DDR, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 23. August

nen und Kollegen in der Volkskammer und der Regierung der DDR, die mit ihrem klaren Votum den entscheidenden Schritt zur Einheit unseres Vaterlandes getan haben. Als frei gewählte Abgeordnete haben sie damit in eindrucksvoller Weise den Auftrag erfüllt, den ihnen unsere Landsleute in der DDR in der Volkskammerwahl am 18. März dieses Jahres erteilt hatten.

Es hat in den vergangenen vierzig Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen

gegeben, die sich — vom ersten Tag des Zusammentretens des Bundestages an — leidenschaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deutschen eingesetzt haben.

Stellvertretend für viele möchte ich den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:

„Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird.“

Der Beschluß der Volkskammer schafft endlich Klarheit darüber, wann die Einheit Deutschlands vollendet wird. Darauf kann sich jetzt jedermann innerhalb wie außerhalb Deutschlands einstellen. Das gilt insbesondere auch für jene, die in der DDR investieren wollen.

Der heutige Tag ist aber auch ein Tag der Erinnerung an das Leid, das die Teilung unseres Vaterlandes über so viele Menschen gebracht hat. Wir erinnern uns an die Männer und Frauen, die 1945 aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen befreit und die wenig später dort erneut eingesperrt wurden. Viele andere wurden in Straflager verschleppt, nicht zuletzt und gerade auch Mitglieder der demokratischen Parteien, und wir wissen bis heute nicht genau, von wie vielen es dann nie wieder ein Lebenszeichen gab. Es waren Zehntausende.

Nicht vergessen dürfen wir die Opfer der Willkürjustiz, die im Dienste der SED-Diktatur stand. Für uns bleibt unfassbar, daß von deutschen Gerichten auf dem Gebiet der DDR über 75 000 Menschen aus politischen Gründen verurteilt worden sind. Viele sind in der Haft gestor-

ben, andere wurden wegen sogenannter Staatsverbrechen hingerichtet.

Was den Menschen in der DDR am 17. Juni 1953 widerfuhr, hat die Präsidentin der Volkskammer, Frau Bergmann-Pohl, in der gemeinsamen Gedenkstunde von Abgeordneten unserer Parlamente am 17. Juni beschrieben. Sie sagte: „Sie erlebten eine Staatsmacht, die nicht mehr die Interessen der Bürger, sondern nur noch sich selbst vertrat.“

Die schreckliche Bilanz der politischen Verfolgung seit 1945 geht über seelenlose Zahlen hinaus; was sagen sie schon über das Schicksal des einzelnen? Wir wollen auch an alle jene denken, die bei dem Versuch, von Deutschland nach Deutschland zu gehen, ihr Leben verloren. Über 190 Deutsche wurden an der unmenschlichen Grenze ermordet, die unser Vaterland vierzig Jahre lang zerschnitt. Sie wollten ganz einfach in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen.

Und noch vor gut anderthalb Jahren, im Januar 1989, erklärte Honecker, die Mauer werde noch in hundert Jahren stehen. Zehn Monate später wurde sie überwunden.

Angesichts der vielen Bilder und Nachrichten, die täglich auf jeden von uns einströmen, sollten wir uns vergegenwärtigen, wie tiefgreifend die Veränderungen in den vergangenen zwölf Monaten gewesen sind. Morgen jährt sich — um nur ein Beispiel zu nennen — zum erstenmal der Tag, an dem Tadeusz Mazowiecki zum polnischen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Ich möchte hier in besonderer Dankbarkeit auch an Miklos Nemeth erinnern, den damaligen Ministerpräsidenten Ungarns. Er gab uns vor fast genau zwölf Mona-

ten die Zusage, Ungarn werde seine Grenzen für die Flüchtlinge aus der DDR öffnen. Damit wurde der erste Stein aus der Berliner Mauer geschlagen.

Ihnen allen sind die weiteren Stationen des Weges bekannt, an dessen Ende wir mit dem 3. Oktober 1990 angelangt sein werden.

Das Tempo der Entwicklung wurde von unseren Landsleuten in der DDR bestimmt; von ihrem Ruf nach Freiheit und nach Einheit.

Zu dem Ruf „Wir sind das Volk!“ trat schon bald hinzu auch der Ruf „Wir sind ein Volk!“. Auf eine mich persönlich besonders bewegende Weise wurde das bei meiner Rede vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden sowie wenige Tage darauf bei der Öffnung des Brandenburger Tores Ende des vergangenen Jahres sichtbar.

Zuallererst haben wir daher heute unseren Landsleuten in der DDR dafür zu danken, daß wir in wenigen Wochen die Freiheit und Einheit Deutschlands vollendet haben werden.

Sie haben mit ihrem Mut, mit ihrer Besonnenheit und vor allem mit ihrer Freiheitsliebe ein Beispiel gegeben, wie sich eine gewaltsame Diktatur friedlich überwinden läßt. Dies wird für alle Zeit zu einem der großartigen Kapitel der deutschen Geschichte gehören.

Die Deutschen in Ost und West haben während der vergangenen zwölf Monate bewiesen, daß sie gegen die Versuchung nationaler Überheblichkeit gefeit sind. Das ist ein Ausdruck demokratischer Reife und nachbarschaftlicher Gesinnung. In über vierzig Jahren einer stabilen rechtsstaatlichen Demokratie haben wir uns in Europa und weltweit Vertrauen erworben. Dies galt und gilt unter allen Regierungen, die in diesen vierzig

Jahren in der Bundesrepublik Deutschland regiert haben.

Es ist dies ein Vertrauen, ohne das wir die staatliche Einheit Deutschlands jetzt gewiß so rasch nicht wiederherstellen könnten. Wir wollen auch für dieses Vertrauen dankbar sein.

Dank schulden wir unseren westlichen Freunden und Partnern, vor allem jenen drei Verbündeten, die besondere Verantwortung in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes tragen und die in diesen Jahrzehnten unsere Freiheit gesichert haben.

Ich nenne insbesondere unsere amerikanischen Freunde, allen voran Präsident George Bush, der sich gerade in den letzten Monaten als ein treuer Freund der Deutschen erwiesen hat.

Ich nenne ebenso Staatspräsident Francois Mitterrand, der am 14. Februar dieses Jahres erklärte: „Wer könnte nicht verstehen, daß dieses so lange geteilte Volk nach Einheit strebt? ... Die Deutschen sollen wissen, daß ich, wie die Mehrheit der Franzosen, den brüderlichen Wunsch ausspreche, daß das Schicksal für sie einen glücklichen Lauf nehmen möge.“

Ich möchte dem heute hinzufügen, daß die brüderliche Verbundenheit zwischen dem deutschen und dem französischen Volk das Herzstück der Außenpolitik eines vereinten Deutschlands auf dem Weg zu einem vereinten Europa bleiben wird.

Wir sind Teil der westlichen Wertegemeinschaft, und das wird so bleiben. Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses haben sich gerade in entscheidenden Augenblicken bewährt. Wir haben vor wenigen Wochen auf dem NATO-Gipfel in London weitreichende Beschlüsse gefaßt. Sie sind ein erneuter

Beweis für die konstruktive Rolle des Bündnisses bei der Bewahrung und Gestaltung des Friedens in Freiheit auf unserem Kontinent.

Eine wesentliche Voraussetzung dessen, was sich jetzt vollzieht, wurde auch mit unserer Politik für die europäische Einigung geschaffen. Die Politik der europäischen Integration hat mit ihrer Ausstrahlungskraft dazu beigetragen, der Freiheit, den Menschenrechten und der Selbstbestimmung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zum Durchbruch zu verhelfen. Sie wird dazu beitragen, daß dieser Wandel von Dauer bleibt.

Dank schulden wir auch den mutigen Bürgerrechtsbewegungen in Polen und Ungarn. Auch sie haben mit ihrem vorbildlichen Einsatz für eine friedliche Revolution die Entwicklung in der DDR möglich gemacht. Es ist für mich nicht nur ein Ausdruck unserer Dankbarkeit, sondern auch ein Gebot politischer Klugheit, daß wir in einem vereinten Deutschland auch künftig alles tun werden, um die Reformprozesse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu unterstützen.

Der Erfolg einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung in Polen, in Ungarn, in der CSFR und auch in der Sowjetunion liegt in unserem Interesse. Es geht um ein Werk des Friedens, das allen in Europa zugute kommen wird.

Dank, meine Damen und Herren, schulden wir nicht zuletzt Präsident Michail Gorbatschow. Durch seine Reformpolitik und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik — wir erleben das gerade in diesen Tagen angesichts der Krise in der Golf-Region — ist der tiefgreifende Wandel in Deutschland und in Europa mit ermöglicht worden.

Ohne die Achtung des Rechts der Völker und Staaten auf den eigenen Weg wären

die Reformbewegungen der Staaten des Warschauer Pakts nicht erfolgreich gewesen. Zum Recht des deutschen Volkes auf den eigenen Weg gehört sowohl die Entscheidung, in einem gemeinsamen Staat zusammenzuleben, als auch die Freiheit, zu wählen, welchem Bündnis dieser gemeinsame Staat angehört.

Bis vor kurzem gab es ja noch Zweifel, ob die Sowjetunion bereit sein werde, zu akzeptieren, daß das vereinte Deutschland dem Nordatlantischen Bündnis angehört. Nach unseren Gesprächen mit Präsident Gorbatschow im Kaukasus ist auch diese letzte Hürde für einen erfolgreichen Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche aus dem Weg geräumt.

Ein Wort des Dankes möchte ich heute auch an die vielen Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Bundesrepublik richten, die beharrlich an dem Ziel der Einheit auch in Zeiten festhielten, in denen so mancher schon resigniert hatte.

Seit 1945 kamen aus allen demokratischen Parteien wichtige Beiträge dazu, daß der Wille zur Einheit nie erloschen ist.

Wir alle müssen uns bewußt machen, was es heißt, daß wir in so wenigen Monaten das große Ziel der Einheit und Freiheit aller Deutschen verwirklichen können. Natürlich und verständlicherweise geht es in diesen Tagen und Wochen um Währung, um Wirtschaft und Finanzen. Natürlich geht es um schwerwiegende soziale Fragen, um ganz praktische Alltagsorgen vieler Menschen. Natürlich geht es um so wichtige Fragen wie Wahlverfahren und Wahltermin.

Vor allem aber geht es um den großen historischen Augenblick, in dem wir Deutschen in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes vollenden.

Wie das geschieht, ist in der neueren Geschichte Europas ohne Beispiel. Es geschieht ohne Krieg, ohne blutige Revolution und Gewalt und in vollem Einvernehmen mit unseren Freunden und Partnern und Nachbarn in West und Ost.

Wann je hat ein Volk das Glück gehabt, Jahrzehnte der schmerzlichen Trennung auf so friedliche Weise zu überwinden?

Ein Traum geht in Erfüllung, an dessen Verwirklichung zu glauben viele — auch bei uns — schon aufgegeben hatten.

Die Vereinigung Deutschlands ist das Ergebnis einer langangelegten, klugen Politik. Der Grundstein zu dem, was sich heute in Deutschland vollzieht, wurde schon in den fünfziger Jahren gelegt. Auf eindrucksvolle Weise erfüllt sich heute, was Konrad Adenauer in seinen „Erinnerungen“ so beschrieben hat:

„Es gab Stimmen, die den von mir gezeichneten Weg nicht als den Weg zur deutschen Einheit bezeichneten. Aber es kam darauf an zu erkennen, daß es zunächst für uns keinen anderen Weg gab. Die Sowjets würden früher oder später einsehen, daß sie sich mit dem Westen verständigen müßten, daß sie ihn nicht niederzwingen könnten. In einer solchen friedlichen Verständigung lag meine Hoffnung und sah ich unsere Chance. Sie würde allerdings nur dann für uns gegeben sein, wenn wir uns im Zeitpunkt einer solchen allgemeinen Einigung zwischen West und Ost bereits als zuverlässiger Partner des Westens erwiesen hätten. Nur dann würde der Westen bei einer Verständigung unsere Interessen zu seinen eigenen machen.“

Wir haben an dieser Politik, meine Damen und Herren, stets festgehalten. In meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 habe ich zu Beginn der damaligen Legislaturperiode hier erklärt:

„Die deutsche Nation besteht fort. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für das Ende der Teilung Europas. Wir werden alles tun, um in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit zu erstreben und zu vollenden.“

Das vereinte Deutschland wird als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.

Deutschland, unser Vaterland, wird souverän sein. Bis 1994 werden alle sowjetischen Soldaten unser Land verlassen haben, fünfzig Jahre nachdem sie erstmals deutschen Boden betraten.

Wer hätte diese Entwicklung vor einem Jahr für möglich gehalten?

Die Verantwortung, die jetzt auf uns lastet, wiegt schwer. Bei allem Grund zur Freude wissen wir, daß uns die Überwindung der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf dem Gebiet der heutigen DDR vor außergewöhnliche Herausforderungen stellt.

Jeder weiß: Die wirtschaftliche Situation in der DDR ist derzeit durch den Übergang von einer kommunistisch-sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft gekennzeichnet. Daß dieser Übergang alles andere als einfach ist, liegt auf der Hand.

Vierzig Jahre Herrschaft des realen Sozialismus zu Lasten der Menschen in der DDR können nicht in knapp acht Wochen nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ausgeglichen werden.

Wer etwas anderes erwartet hat, dem fehlt die Anschauung dessen, was vierzig Jahre real existierender Sozialismus in der DDR angerichtet haben.

Ich habe in diesem Jahr immer wieder auf die zu erwartenden Schwierigkeiten

hingewiesen, nicht zuletzt bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und bei der Ratifizierungsdebatte hier im Bundestag.

Jetzt geht es um den Wiederaufbau der DDR in allen Bereichen. Dies ist sicher keine Frage von Tagen und Monaten. Das ist eine Frage der nächsten Jahre. Aber alle Zeichen stehen darauf, daß wir es gemeinsam schaffen werden.

Dabei hängt der Erfolg entscheidend davon ab, daß wir an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte alle gemeinsam äußerste Anstrengungen unternehmen, um diese Herausforderung zu bestehen.

Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat hierfür die notwendigen Grundlagen geschaffen. Allein für die ersten achtzehn Monate ist eine finanzielle Unterstützung für den DDR-Haushalt in Höhe von 57 Milliarden DM vorgesehen. Hinzu kommen Kredite zur Sanierung der DDR-Wirtschaft und eine kräftige Anschubfinanzierung der Sozialversicherung.

All dies war und ist praktische Solidarität in einer ungewöhnlich schwierigen Situation unseres Volkes. Mit dieser Solidarität war naturgemäß auch die Erwartung verbunden, daß Finanzmittel dort rechtzeitig ankommen, wo sie dringend gebraucht werden.

Die Erfahrung der letzten Wochen hat gezeigt, daß dies leider nicht in allen Bereichen sichergestellt werden konnte. Wir wissen, daß nicht zuletzt viele Bauern zu Recht dagegen protestiert haben, daß das Geld, das für sie bereitgestellt wurde, im Getriebe einer Bürokratie hängengeblieben ist.

Die Bauern in der DDR brauchen selbstverständlich unsere tatkräftige

und schnelle Hilfe. Seit dem 1. August ist die Landwirtschaft der DDR faktisch Teil des europäischen Agrarmarktes, und die Bauern der DDR sind damit in die Gesamtsolidarität der EG einbezogen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind die staatlichen Interventionen jetzt ange laufen. Wir werden in Zukunft mit Nachdruck — und angesichts der Möglichkeit der baldigen Vereinigung ist das um so leichter zu machen — auf eine schnelle Auszahlung der Gelder drängen. Auch die beschlossenen Liquiditätshilfen müssen schneller und effizienter als bisher ausgezahlt werden.

Wir werden zusätzlich — wir befinden uns jetzt in den Verhandlungen — den Export von Agrargütern aus der DDR massiv fördern. Damit wird der Markt in der DDR, aber auch der Markt bei uns spürbar entlastet.

In Städten und Gemeinden konnten vielfach notwendige Investitionen noch nicht in Angriff genommen werden, obwohl mit dem ersten Staatsvertrag Milliardenbeträge für Infrastrukturmaßnahmen ausdrücklich vorgesehen und bereitgestellt waren.

Hier sind inzwischen in Zusammenarbeit zwischen Bonn und Berlin notwendige Konsequenzen gezogen worden. Es muß jetzt sehr schnell alles getan werden, damit die zur Verfügung gestellten Finanzmittel Bürger und Unternehmer ebenso erreichen wie die Landwirtschaft und die Städte und Gemeinden. Nur so kann die wirtschaftliche Entwicklung der DDR erfolgreich in Gang gebracht werden.

Festzuhalten bleibt, daß uns der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts-

und Sozialunion in die Lage versetzt, den erwarteten Anpassungsproblemen der DDR wirksam zu begegnen. So haben wir zum Beispiel von Anfang an, um die Arbeitslosigkeit zu begrenzen, die Möglichkeit zur Kurzarbeit im Vergleich zur Bundesrepublik stark erweitert, dies vor allem, um Kurzarbeit mit den notwendigen Maßnahmen zur Umschulung und Qualifizierung zu verbinden.

Von dieser Möglichkeit wird zunehmend mit aktiver Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit Gebrauch gemacht.

Welche Probleme hier zu bewältigen sind, zeigt die kürzlich vorgelegte Untersuchung des Ifo-Instituts. Dieses Gutachten beziffert die von der bisherigen sozialistischen Planwirtschaft hinterlassene verdeckte Arbeitslosigkeit auf über eine Million. Die Zahlen sprechen für sich selbst.

Gleichzeitig ist die Umgestaltung der DDR-Wirtschaft deutlich in Gang gekommen. So sind allein im ersten Halbjahr 1990 in der DDR über 2800 Gemeinschaftsunternehmen mit Partnern außerhalb der DDR zustande gekommen.

In der DDR selbst wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gut 100 000 neue Betriebe gegründet, vor allem im Handel und im Handwerk. Allein im Juli ist noch einmal die Rekordzahl von über 35 000 hinzugekommen.

Auch bei der Treuhandanstalt kommen jetzt offensichtlich die notwendigen Arbeiten besser in Gang. Die Liquidität der Unternehmen für August und September konnte inzwischen in enger Zusammenarbeit zwischen Treuhandanstalt, Banken, Regierung der DDR und der Bundesregierung gesichert werden.

Nach verständlichen Anlaufproblemen der Treuhandanstalt gehe ich davon aus, daß jetzt auch bei der Privatisierung und

Sanierung der DDR-Betriebe zügig Fortschritte erzielt werden.

Ich füge hinzu: Natürlich können die schwierigen Anpassungsprobleme von 8 000 Unternehmen nicht kurzfristig gelöst werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch die Reorganisation der Außenstellen der Treuhandanstalt überfällig, damit eine konstruktive Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden und privaten Investoren vor Ort zügig vorankommt.

Wichtig ist nicht zuletzt, daß auch die Tatsachen nicht übersehen werden, die gerade in der jetzigen Situation stabilisierend wirken. So ist leider nur am Rande in der Öffentlichkeit vermerkt worden, daß die Lebenshaltungskosten in der DDR im Juli, also im ersten Monat der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, um über fünf Prozent niedriger lagen als ein Jahr zuvor. Nimmt man hinzu, daß Löhne, Gehälter und Renten im gleichen Zeitraum in der Regel deutlich gestiegen sind, so ist ganz einfach festzustellen, daß das Realeinkommen und die Kaufkraft der Bürger in der DDR in kurzer Zeit zugenommen haben.

All dies ist kein Grund, bei dem Erreichten stehenzubleiben. Aber es zeigt, daß es in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umstellungsprozeß, nicht zuletzt im Vergleich zu den gravierenden Wirtschafts- und Sozialproblemen anderer Reformländer in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, erhebliche Aktivposten und auch begrüßenswerte Fortschritte gibt.

Ich nenne einen weiteren wichtigen Punkt: Angesichts der unvermeidbar schwierigen Probleme beim Übergang vom real existierenden Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft ist gelegentlich die Behauptung zu hören, daß diese Schwierigkeiten ohne die Schaffung der

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hätten vermieden werden können.

Wer dies behauptet, leugnet die Entwicklung der letzten Monate und verdrängt die Erfahrungen dieses Jahres.

Ich erinnere noch einmal daran, daß zwischen November 1989 und Februar 1990 knapp 300 000 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen sind.

Um dieser dramatischen Entwicklung zu begegnen, waren nach übereinstimmender Auffassung in diesem Hause schnelle positive Signale für die Verbesserung der Lebensbedingungen der DDR notwendig. Dies war der entscheidende Grund für die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien halten an dieser Politik fest:

- Verwirklichung der deutschen Einheit in Abstimmung mit unseren Partnern in der DDR sowie mit unseren Nachbarn und Verbündeten in West und Ost,
- Bewältigung der wirtschaftlichen Übergangsprobleme so, wie dies bereits im Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 vorgesehen war,
- Erwartung an alle Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, daß alles getan wird, um gemeinsam Schritt für Schritt die Schwierigkeiten des Übergangs vom Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft zu bewältigen.

Der Weg zur deutschen Einheit erfordert gemeinsame Anstrengungen und persönliches Engagement. Ich will dankbar würdigen, daß viele aus allen Kreisen unserer Bevölkerung bereits Vorbildliches geleistet haben: Arbeitnehmer wie Unternehmer, Verbände, Gewerkschaften, Betriebsräte, Leute aus dem Mittelstand und nicht zuletzt — auch das will ich hier besonders erwähnen — die demokratischen Parteien in unserem Land.

Manche von uns haben allerdings vergessen: Auch der Beginn der Sozialen Marktwirtschaft 1948 war alles andere als einfach. Wir hatten nicht nur starke Preissteigerungen, massive Proteste, einen eintägigen Generalstreik und vieles andere mehr. Diese Schwierigkeiten und diese Durststrecke wurden überwunden. Es entstand ein blühendes Land, unsere Bundesrepublik Deutschland.

Wir stehen heute in der DDR vor schwierigen Aufgaben. Aber wir haben alle Voraussetzungen dafür, sie zu meistern. Manche scheinen vergessen zu haben, daß eben der Beginn der Sozialen Marktwirtschaft 1948 alles andere als ein Selbstläufer war. Aber dieses Beispiel zu Beginn der Bundesrepublik kann uns Ansporn sein, nicht nur für eine vage Hoffnung, sondern für die Überzeugung, daß sich die Verhältnisse auch in der DDR rasch bessern werden.

Wir sollten und — ich denke — wir dürfen an einem solchen Tag einen Augenblick innehalten und uns die historische Dimension dessen ins Bewußtsein rufen, was in diesen Monaten geschehen ist und weiter geschieht.

Schauen wir nicht nur, so wichtig dies ist, auf die sich oft überstürzenden Ereignisse und Nachrichten des Tages. Wir sehen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten; wir sehen die Probleme und die Notwendigkeiten in der DDR.

Aber wir sind uns auch bewußt, daß wir Zeugen eines wahrhaft weltbewegenden Ereignisses und eines großen Augenblicks in der Geschichte unseres Volkes sind.

Lassen Sie uns gemeinsam unserer Verantwortung für alle Deutschen gerecht werden.

Alfred Dregger:

Der 3. Oktober — ein glücklicher Tag in der Geschichte unseres Volkes

Die Zweistaatlichkeit Deutschlands wird am 3. Oktober beendet sein. Von diesem Zeitpunkt an wird es nur noch ein deutsches Parlament und nur noch eine deutsche Regierung geben, die für Deutschland und für das ganze deutsche Volk sprechen können. Damit geht ein Ziel in Erfüllung, für das wir, die Union, über die Jahrzehnte hinweg ohne Schwanken eingetreten sind, seitdem es uns gibt.

Die Entscheidung über den Beitritt der DDR gemäß Art. 23 lag allein bei der Volkskammer der DDR. Wir beglückwünschen unsere Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Beschluß, den sie am heutigen Morgen gefaßt haben.

Wir danken in dieser Stunde vor allem dem Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, und seiner Regierung für die schwere und erfolgreiche Arbeit, die sie aus dem Stand heraus — ohne Vorbereitung, ohne Erfahrung, ohne einen leistungsfähigen administrativen Unterbau, ohne Bundesländer und ohne eine kommunale Selbstverwaltung, wie wir sie kennen — übernehmen mußten.

Ich bin sicher, daß unsere Kolleginnen und Kollegen in der DDR, insbesondere Lothar de Maizière in der geschichtlichen Würdigung einen besseren Platz erhalten werden, als es aus der Kritik der letzten Wochen herausgeklungen ist.

Lothar de Maizière und diejenigen, die ihn unterstützt haben, haben im besten preußischen Sinne ihre Pflicht erfüllt.

Jede darüber hinausgehende Einzelwertung mag ungerecht sein. Trotzdem möchte ich eine Frau und zwei Männer hervorheben. Ich meine die Präsidentin der Volkskammer, Frau Bergmann-Pohl, die dem ersten freien Parlament für das Gebiet der DDR nach Jahrzehnten der Unterdrückung mit Würde, Augenmaß und Charme vorgestanden hat.

Ich nenne den Fraktionsvorsitzenden der CDU (Ost), Günther Krause, der auch als Verhandlungsführer der DDR eine ganz ungewöhnliche politische Leistung erbracht hat.

Ich nenne schließlich den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der SPD in der

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag am 23. August

Volkskammer, Richard Schröder, der bis zu seinem Rücktritt vor wenigen Tagen unserem Land als Demokrat und deutscher Patriot in vorbildlicher Weise gedient hat.

Es gibt vier Daten der deutschen Revolution, die von besonderer Bedeutung sind; der 9. November 1989, die Öffnung der Mauer, der 16. Juli 1990, die Einigung zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus, der 3. Oktober 1990, der Tag des Beitritts der DDR, und schließlich der 2. Dezember 1990, die gesamtdeutsche Bundestagswahl.

Schon der Beginn dieser deutschen Revolution, die Demonstrationen von Tausenden, Hunderttausenden und Millionen Landsleuten in der DDR, war ungewöhnlich. Diese Demonstrationen verliefen ohne jede Gewalt von seiten der Demonstranten. Diese waren nicht verummmt. Sie trugen Kerzen durch die Straßen ihrer Städte und stellten sie den Bewaffneten vor die Stiefel. Die Welt hat es, durch die modernen Medien vermittelt, gesehen — mit Erstaunen, mit wachsendem Respekt und schließlich mit Bewunderung.

Wir akzeptieren den 3. Oktober 1990 als den Termin des Beitritts, den die Volkskammer beschlossen hat. Im Hinblick auf die außenpolitischen Aspekte war es der frühestmögliche Termin.

Der Wahltermin vom 2. Dezember ist — leider — nicht der frühestmögliche Termin. Aus diesem Hinauszögern einer wesentlichen vertrauensbildenden Maßnahme ergeben sich Nachteile. Hierfür tragen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Verantwortung, weil Sie sich im Hinblick auf die notwendige Zweidrittelmehrheit einem früheren Wahltermin verweigert haben. Wir werden es auch so

Lafontaine verrechnet sich

schaffen. Ich bin davon überzeugt, daß die auf Baisse gerichtete Spekulation Ihres Kanzlerkandidaten Lafontaine nicht aufgehen wird.

Ich hatte zu Beginn meines Beitrags den 16. Juli als wesentlichen Tag für den Prozeß der deutschen Einigung bezeichnet. Dieser Tag steht für den geschichtlichen Augenblick, in dem die Sowjetunion der staatlichen Einheit Deutschlands im westlichen Verbund zugestimmt hat. Dies bei den Gesprächen im Kaukasus mit Gorbatschow erreicht zu haben, ist die

bisher größte staatsmännische Leistung des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Wir verkennen nicht unsere Aufgabe als Land in der Mitte Europas. Als Teil des Westens werden wir alles tun, um den Ausgleich mit dem Osten, mit der Sowjetunion und unseren mittel-osteuropäi-

Welch eine Chance!

schen Nachbarn, den Ungarn, den Tschechen und Slowaken und den Polen, herbeizuführen. Welch eine Chance, daß wir jetzt mit Zustimmung aller unserer Nachbarn die Einheit Deutschlands, damit aber auch die Einheit Europas herstellen können.

Gewiß, wir haben einen Berg von Problemen zu lösen; das haben wir immer gewußt und auch gesagt. Aber wir haben auch gesagt, daß wir uns zutrauen, diese Probleme zu lösen. Das werden wir auch können. Niemand hat Anlaß, daran zu zweifeln.

Das Wichtigste, was wir als Bundesrepublik Deutschland in das vereinte Deutschland einbringen, ist nicht unsere gegenwärtige Prosperität; die muß auch immer neu erwirtschaftet werden. Das Wichtigste — das ist auch die Basis jener Prosperität — sind Freiheit und Recht, ist die Rechtsstaatlichkeit, an der es in der DDR bislang völlig gefehlt hat.

Ich sage daher: Wichtiger noch als die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist die Rechts- und Verfassungsunion, ist die Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte.

Der 3. Oktober 1990 ist ein glücklicher Tag in der Geschichte unseres Volkes und Europas. ■

Theo Waigel:

Wir brauchen jetzt die Solidarität von Bund, Ländern und Gemeinden

Gestern hat die Volkskammer den Beitritt zum 3. Oktober beschlossen. Mit dieser Entscheidung wird der Prozeß der Vereinigung in weniger als zwölf Monaten nach dem Fall der Mauer abgeschlossen. Jetzt können wir auf verlässlicher Grundlage ein einiges Deutschland aufbauen.

Weiß Gott, ein Tag der Freude, der Dankbarkeit und der Genugtuung für alle Demokraten in diesem Haus!

Zu dieser Politik und auch zur möglichst schnellen Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gab es keine Alternative. Ohne diesen Vertrag wäre gestern diese Entscheidung in der Volkskammer nicht zustande gekommen. Das muß jeder wissen, der das heute noch kritisiert.

Es ist grotesk, wenn Ministerpräsident Lafontaine davon spricht, die DDR wäre vor dem Fall der Mauer ein attraktiver Produktionsstandort und ein führendes Industrieland gewesen.

Wer die angeblichen sozialen Errungenschaften des Kommunismus heute noch preist, unterschlägt, wie teuer die Bürger der DDR für alles bezahlen mußten, was der Staat ihnen angeblich schenkte.

Nicht die Währungsunion, sondern die abgedankten Kommunisten tragen die Verantwortung für das, was jetzt erkennbar wird. Wir lassen uns nicht die Verantwortung für etwas zuschieben, mit dem wir nichts zu tun haben. Wir tragen Verantwortung für das, was wir hier

geschaffen haben, vor allen Dingen seit 1982. Das ist das Kennzeichen unserer Politik. Für das, was drüben passiert, tragen andere die Verantwortung.

Nun gibt es auf dem Gebiet der DDR eine Krise, ohne Zweifel. Niemand will das bestreiten, und jeder hat gewußt, daß dies so kommen muß.

Angesichts der Unvermeidbarkeit der Anpassungskrise haben wir das soziale Netz in der DDR aufgespannt und dort für Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsprogramme und Umschulung gesorgt. Aber noch wichtiger als das ist die Gewißheit der Menschen drüben in

Aus der Rede des Bundesfinanzministers im Deutschen Bundestag am 23. August

der DDR bezüglich einer besseren wirtschaftlichen Zukunft. All das, was in bezug auf die Währungsreform 1948/49 gesagt wurde, gilt auch hier. Sehr bald gab es auch damals zweistellige Wachstumsraten und steigenden Wohlstand.

Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, und es gibt keine neuen Tatsachen, die unseren Kurs widerlegen. Man muß sich einmal vorstellen: 16 000 Tage Sozialismus/Kommunismus können doch nicht in 54 Tagen freier und sozialer Marktwirtschaft und Währungsunion überwunden werden. Hier muß man doch die Dimensionen sehen.

Eines ist ganz wichtig: Wir müssen die Teilung unseres Vaterlandes nicht nur ökonomisch, sondern auch in den Köpfen der Menschen überwinden, und wir müssen auch noch einiges von der Hinterlassenschaft des Sozialismus beseitigen. Wir profitieren gemeinsam von der Wiedervereinigung, und gemeinsam müssen wir deshalb die gestellten Aufgaben lösen. So müssen wir z. B. die Subventionsmentalität, die es in der DDR noch gibt, abbauen; denn sie ist das größte Investitionshindernis, das es in dem Zusammenhang gibt.

Mit dem Umtauschkurs von 1:1 haben wir mehr gegeben, als in dem Bereich ökonomisch ohne weiteres angezeigt war. Aber das war notwendig, und das war sozial ausgewogen. Jedermann muß jedoch auch wissen, daß im Bereich der Löhne und Gehälter eine Beziehung zur Produktivität gegeben sein muß. Lohnzuschläge von bis zu 70 Prozent, wie sie in einzelnen Bereichen vereinbart wurden, werden diesem Erfordernis nicht gerecht.

Wer drüben mit der Lohn- und Gehaltsforderung überzieht, vernichtet Arbeitsplätze, bewahrt sie nicht und schafft schon gar keine neuen.

Wir brauchen die Solidarität von Bund, Ländern und Gemeinden, wir brauchen eine strikte Ausgabendisziplin, und wir brauchen weiterhin eine wachstumsfördernde Finanz- und Steuerpolitik. Gerade zur Diskussion um Steuererhöhungen: Nach allen Erfahrungen würden Steuererhöhungen den Staatsanteil nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft erhöhen und so Spielräume für private Investitionen verschließen.

Lassen Sie mich einmal ganz offen sagen: In dem Moment, in dem Steuererhöhungen angekündigt oder in Erwägung gezogen werden, hört der heilsame Druck auf die

Kollegen drüben in der DDR, aber auch auf die Kollegen, die hier auf der Regierungsbank sitzen, sofort auf, und man beginnt, etwas großzügiger zu werden.

Die Vorwürfe, wir würden hier eine unsoziale oder eine unverantwortliche Haushaltsplanung betreiben, sind aus der Luft gegriffen und falsch. Wir haben stets auf der Grundlage aller erreichbaren Informationen und Daten geplant, und wir haben die absehbaren Risiken klar beim Namen genannt.

Wenn die Opposition behauptet, ich hätte den Regierungsentwurf zum Haushalt 1991 dem Parlament nicht zugeleitet, um die tatsächlichen Kosten der Vereinigung zu verschleiern, dann ist das schlichtweg falsch gegenüber dem, was das Grundgesetz selber verlangt. Sie wissen, unsere Verfassung läßt eine Verabschiedung des ursprünglichen Haushaltsplans nicht zu. Sie selbst haben durch die Verweigerung eines Wahltermins im Oktober einen früheren Einstieg in die Beratung eines neuen gesamtdeutschen Haushalts verhindert.

Nach dem Beitritt der DDR wird die Bundesregierung so schnell wie möglich über die Eckwerte des gesamtdeutschen Haushalts 1991 beraten. Wir werden den Wählern nichts verschweigen, sondern ihnen unseren Weg zur Wiedervereinigung auch in Zahlen und Fakten offenlegen.

Diese Republik, dieser Staat hat große Gemeinschaftsaufgaben seit 1949 erfüllt. Wir stehen heute wieder vor einer Bewährungsprobe. Wir haben wieder die Chance, wie beim Wiederaufbau, bei der Wiedergutmachung, bei der Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, und ich bin sicher, wir werden diese Bewährungsprobe bestehen.

Kommentare

Ein Tag der Freude für alle Deutschen

Natürlich gibt es Probleme, natürlich werden immer neue Schwierigkeiten bei der Zusammenführung der Deutschen auftauchen. Die Folgen vierzigjähriger sozialistischer Mißwirtschaft lassen sich nicht mit einem Federstrich beseitigen. Dennoch hat Kohl recht: Heute ist ein Tag der Freude für alle Deutschen. Der Volkskammerbeschluß ist die würdige Folge der friedlichen Revolution vom vergangenen Herbst. Wir haben Grund, stolz zu sein auf die demokratische Leistung unserer Landsleute.

Deutsches Fernsehen



„Tag der deutschen Einheit“

Nach mehr als 40 Jahren der Teilung wird nun am 3. Oktober der weltweit mit großer Anteilnahme verfolgte deutsch-deutsche Einigungsprozeß vollendet, vollzieht sich nach 40jähriger Trennung an diesem geschichtsträchtigen Datum die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands. Der 3. Oktober 1990 wird im wahrsten Sinne zum „Tag der deutschen Einheit“.

Kölnische Rundschau



Kanzler der Einheit

Der 3. Oktober 1990, der Tag der Wiedervereinigung, wird nicht nur ein „Feiertag“ in der Geschichte des deutschen Volkes sein. Auch für Helmut Kohl selbst wird es ein großer Tag sein. Mit diesem Tage geht er selbst als Kanzler der deutschen Einheit in die Nachkriegsgeschichte ein. Ausgerechnet sein Herausforderer Oskar Lafontaine hat mit dem Widerstand gegen eine auf den 14. Oktober vorgezogene gesamtdeutsche Wahl dafür gesorgt, daß für Hel-

Volker Rühle:

Wir Deutschen freuen uns

Zu dem Beitrittsbeschluß der Volkskammer erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die Entscheidung der Volkskammer ist ein historisches Ereignis für Deutschland. Wir Deutschen in Ost und West können uns freuen, daß am 3. Oktober die über 40jährige Teilung Deutschlands endgültig beendet ist. Die Entscheidung ist vor allem für die Menschen in der DDR ein Anlaß für Zuversicht. Eine Politik der Verunsicherung und Schwarzmalerei wird keine Chance mehr haben.

Für uns stehen die Probleme der Menschen weiter im Vordergrund. Wir werden mit unserer Politik deutlich machen, daß wir jeden Tag nutzen und nicht abwarten, bis die Zeit der DDR zu Ende geht. Jetzt müssen die Menschen deutliche Signale sehen können, daß sich etwas bewegt.

mit Kohl dieser persönliche Triumph nun schneller als von ihm selbst erwartet kommt.

Der Amtsbonus des ersten gesamtdeutschen Nachkriegskanzlers wird auch bei den Landtagswahlen in der DDR am 14. Oktober und bei den gesamtdeutschen

Wahlen am 2. Dezember ins Gewicht fallen. Lafontaine mag Kohl noch so sehr als „Chaos-Kanzler“ schmähen, Helmut Kohl wird für viele Menschen in der sich auflösenden DDR Träger ihrer Hoffnungen bleiben. Kohl hat nie behauptet, daß die deutsche Einheit allein sein Werk sei. Aber sie ist ihm auch nicht wie eine reife Birne in den Schoß gefallen. Zusammen mit den Menschen in der DDR hat er mit seinen politischen Initiativen — vom Zehn-Punkte-Programm bis zu seinen Gesprächen mit Gorbatschow, in denen dieser den Weg zur Einheit freigab — das Tempo bestimmt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat die Übersiedlerwelle gestoppt und das Vereinigungstempo noch einmal verschärft. Es ist aus außen- wie innenpolitischen Gründen gut, daß die Einheit schnell kommt. Dies ist dem „Schrittmacher“ Helmut Kohl zu verdanken. Einen „Aussitzer“ wird Helmut Kohl niemand mehr nennen können. **Handelsblatt**



Blick nach vorn

Unser Blick ist jetzt nach vorn gerichtet. Viele Aufgaben müssen noch erledigt werden. Es steht vor allem der Einigungsvertrag noch aus, der den DDR-Bürgern bei der Bewältigung des Umbruchs wichtige Hilfestellung leistet. 16 Millionen Bürger der DDR, die 40 Jahre lang getäuscht worden sind und die aus dieser Erfahrung heraus ein großes Mißtrauen gegen alles haben, was geschieht, haben Anspruch darauf zu wissen, wohin es geht. **Die Welt**



Der Tag der Vereinigung

Der 3. Oktober wird also der Tag der Vereinigung — ein historisches Datum. Das Parlament habe immerhin nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der DDR beschlossen, merkte Gregor Gysi, Chef der SED-Nachfolgerin PDS, dazu an. Da hat

er Recht — freilich sollte er nicht vergessen, daß bislang kein Volkskammerbeschluß so sehr im Einklang mit dem Volkswillen stand wie dieser. Das Volk in der DDR, von den Kommunisten 40 Jahre lang um Freiheit und Würde betrogen, wollte nicht mehr. Deshalb überlebte dieser Staat die Demonstration vom 9. Oktober 1989 nicht einmal um mehr als ein Jahr. Man wird ihm keine Träne nachweinen.

Neue Rhein-Zeitung



Endlich Klarheit

Frühe gesamtdeutsche Wahlen, wie de Maizière und Kohl es wünschten, wären der Sache dienlicher gewesen als der Beitritt im Oktober. Aber immerhin herrscht nun Klarheit. Sie erleichtert der Bundesregierung das schwierige Geschäft. Sie ermöglicht Unternehmern zuverlässiger zu disponieren. Sie erschwert es den politischen und journalistischen Schwarzmalern, ihren finsternen Geschäften nachzugehen.

Frankfurter Neue Presse



Endlich

Was noch vor einem Jahr für undenkbar gehalten worden ist, wird am 3. Oktober endgültig Wirklichkeit werden: An diesem Tag wird die DDR untergehen und der Bundesrepublik Deutschland beitreten. Die Volkskammer und die Regierung in Ost-Berlin werden aufhören zu existieren. Es wird nicht mehr die Deutschen von „drüben“ geben, sondern nur noch Deutsche. Und wer sich darüber freut, braucht sich nicht Nationalismus vorwerfen zu lassen. Die Teilung Deutschlands — und damit auch die Teilung Europas — geht endgültig zu Ende. Das darf auch heute noch als eine Art politisches Wunder betrachtet werden. Zu seinen Ergebnissen gehört nicht zuletzt die Festigung des Friedens in Europa. **Rheinische Post**

„Wir sind ein Volk“

Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR hat am 23. August 1990 beschlossen, den Beitritt der sich konstituierenden Länder Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 zu vollziehen.

Die friedliche Revolution in der DDR, eingeleitet durch die Demonstrationen im Oktober 1989 mit dem Ruf „Wir sind das Volk“, weitergetragen von der Mehrheit des Volkes in der DDR durch das Bekenntnis „Wir sind ein Volk“, findet mit dem heutigen Beschluß in der Volkskammer ihren würdigen Abschluß.

Die CDU/DA-Fraktion als stärkste Fraktion in der Volkskammer war immer bemüht, auf dem Weg zur deutschen Einheit den Konsens mit den Fraktionen zu erhalten, die die Koalitionsregierung unter Lothar de Maizière getragen hatten.

Die CDU/DA-Fraktion begrüßt es, daß sich die Fraktionen der DSU, SPD und FDP trotz des zwischenzeitlichen Dissens über den Beitrittstermin in der histori-

schen Stunde dem Kompromißvorschlag der CDU/DA-Fraktion angeschlossen haben und damit ihrer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den Menschen in der DDR gerecht wurden.

Erklärung der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR

Die CDU/DA-Fraktion ist der Überzeugung, daß sich der heute erzielte Konsens zwischen den Fraktionen auch bei der Ratifizierung des Einigungsvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der Menschen in der DDR erreichen läßt. ■

Die Wirtschaft wird blühen

Jetzt ist harte Arbeit angesagt, nicht Lamentieren. Viele haben die Chance schon ergriffen. Sie gründen neue Existenzen. Ich bin optimistisch: Die Wirtschaft in ganz Deutschland wird blühen und gedeihen — weil die Menschen es so wollen.

Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann

Bundeskanzler Helmut Kohl im Wahlkampf

Wie vor den Volkskammerwahlen und den Kommunalwahlen in der DDR wird Bundeskanzler Helmut Kohl auch im Wahlkampf um die Landtagswahlen am 14. Oktober so viele Termine wahrnehmen, wie es ihm irgend möglich ist. Insgesamt wird er bei 12 Großkundgebungen in allen fünf Ländern auftreten, außerdem bei einer Reihe anderer Veranstaltungen wie

z. B. auf dem **Deutschlandtag der Jungen Union**, der vom 14. bis 16. September in Leipzig stattfindet und ganz im Zeichen der Vereinigung der christlich-demokratischen Jugendverbände in Deutschland stehen wird.

Auch für die bayerische Landtagswahl, die gleichzeitig stattfindet, hat der Kanzler Wahlkampfeinsätze zugesagt.

Ausbilden heute — wettbewerbsfähig morgen

Mit dem Appell an alle Betriebe in der DDR, Lehrstellen in ausreichender Zahl anzubieten, um den Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, hat Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen mit Ministerpräsident Lothar de Maizière am 28. August in Halle die Aktion „Ausbildung 90“ eröffnet, die auch von Handwerk, Industrie und Handel in der Bundesrepublik getragen wird.

Ziel der gemeinsamen Initiative ist, vorhandene Ausbildungskapazitäten in der DDR zu sichern und neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Ab 1. September gelten in der DDR das Berufsbildungsgesetz und die Handwerksordnung der Bundesrepublik Deutschland. Damit sind die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Berufsausbildung geschaffen.

Der Bundeskanzler forderte in Halle die bundesdeutschen Unternehmer dazu auf, „massive Übergangshilfe“ zu leisten, und de Maizière erinnerte an die 100 Millionen Mark, die die Regierung in Ost-Berlin für weitere Ausbildungsplätze bereitgestellt hat. Er selbst habe angeordnet, daß diese Mittel rasch dort eingesetzt werden, wo Jugendliche noch keinen Arbeitsplatz haben.

Mit der Lehrstellen-Kampagne soll die Zahl der Auszubildenden in der DDR von rund 25 000 vervierfacht werden.

Kurt Biedenkopf tritt in Sachsen an

Mit einer Serie von Landesparteitag^{en} haben die Parteien in der DDR am letzten Wochenende den Wahlkampf für die ersten Landtagswahlen am 14. Oktober eröffnet.

Für Sachsen einigte sich der CDU-Landesvorstand in Chemnitz einstimmig darauf, Kurt H. Biedenkopf, ins Rennen um das Ministerpräsidentenamt zu schicken. Gegen den früheren Generalsekretär der CDU, der seit April eine Gastprofessur in Leipzig hat, wird die SPD-Bundesgeschäftsführerin, Anke Fuchs, antreten.

Der Parteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern einigte sich in Schwerin auf den Greifswalder Hochschullehrer, Alfred Gomolka, als Spitzenkandidat. Der 48jährige setzte sich mit 125 von 192 gültigen Stimmen gegen den bis dahin einzigen Kandidaten, Georg Diederich, durch.

Spitzenkandidat in Brandenburg wird für die CDU DDR-Innenminister, Peter-Michael Diestel, sein. Der Mitbegründer der DSU war erst vor kurzem der CDU beigetreten. Sein Gegenkandidat bei der SPD ist der Konsistorialpräsident Manfred Stolpe.

Duchac statt Böck

Der Thüringer CDU-Landesvorstand hat am 28. August seinen Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen ausgewechselt. In Erfurt stellte sich Josef Duchac (52) als neuer Bewerber um das Ministerpräsidentenamt den Journalisten vor. Duchac, zuvor auf Platz zwei der Landesliste, hat mit dem ursprünglichen Spitzenkandidaten Willibald Böck (43) die Plätze getauscht. Böck bleibt jedoch Landesvorsitzender der Thüringer CDU.

Altenpflege soll attraktiver werden

Mit der beabsichtigten Verkürzung der Zivildienstzeit von bisher 20 auf 15 Monate wächst bei vielen sozialen Einrichtungen, vor allem in Alteneinrichtungen, die Sorge, daß sich die Personalprobleme weiter verschärfen: Mehr als 60 Prozent aller Zivildienstplätze befinden sich heute im Bereich der Pflegehilfe und bei den Betreuungsdiensten.

Die Bundesregierung hat bereits Ende Mai einen Gesetzentwurf vorgelegt, um den Altenpflegeberuf attraktiver zu gestalten. Die Einführung einer Ausbildungsvergütung, eine bundeseinheitliche Regelung der Ausbildung sowie der Schutz der Berufsbezeichnung: Das sind die wichtigsten Neuregelungen des Entwurfs eines Altenpflegegesetzes, das am 1. August 1991 in Kraft treten soll.

Angesichts des wachsenden Anteils älterer Menschen und der verantwortungsvollen Aufgabe, die Altenpflegerinnen und -pfleger ausüben, war eine bundesrechtliche Neuordnung der Altenpflegeausbildung schon seit längerem gefordert worden. Aufgabe der Altenpflegerinnen und Altenpfleger ist es, älteren Menschen zu helfen, die körperliche, geistige und seelische Gesundheit zu fördern, zu erhalten und wiederzuerlangen.

Im Rahmen dieser Zielsetzung soll die Altenpflege ein breitgefächertes Hilfsangebot persönlicher Beratung, Betreuung und Pflege in stationären und teilstationären Einrichtungen, im ambulanten Pflegedienst und in offenen und sonstigen Einrichtungen eröffnen. Diesem ganzheitlichen Anspruch entsprechend, schließt die Ausbildung psychosoziale und sozialpädagogische Inhalte mit ein. Nachdem durch den Gesetzentwurf erst-

mals ein Rechtsanspruch auf Ausbildungsvergütung festgeschrieben wird, wird er auch dazu beitragen, eine ausreichende Zahl von qualifizierten Fachkräften zu gewinnen. Hinzukommen müssen nach Auffassung der Bundesregierung weitere Verbesserungen im Berufsalltag und Aufstiegschancen, um den Verbleib im Beruf auch während der Familienphase zu erleichtern und die Fluktuation der Fachkräfte in Alteneinrichtungen zu vermindern.

Zur Entlastung dieser qualifizierten Altenpfleger und Altenpflegerinnen sieht der Gesetzentwurf eine kürzere Ausbildung als Altenpflegehelfer/-in vor. Zugleich wird damit den nicht ausgebildeten Hilfskräften eine Möglichkeit zur Qualifizierung geboten. ■

Unser runder Tisch ist das Parlament

Diese Regierung hat die Opposition nun wirklich nicht von der Mitwirkung am politischen Geschehen ausgeschlossen. „Wir brauchen die Opposition nicht“ — das ist kein Wort, das der Bundeskanzler oder ich ausgesprochen haben; das hat einmal Herbert Wehner gesagt. Wir waren uns immer darüber klar, daß wir im deutschen Einigungsprozeß natürlich auch die Opposition brauchen.

Wir haben natürlich keinen runden Tisch eingerichtet. Runde Tische braucht man dort, wo die Demokratie noch nicht wirklich ist. Der Runde Tisch hier ist dieses Parlament, ist dieses Haus, in dem jeder seine Meinung sagen kann.

Alfred Dregger im Deutschen Bundestag

Sofortprogramm zur Sicherung der sozialen Dienste

Die Aufrechterhaltung wichtiger sozialer Dienste vor allem für alte, kranke, gebrechliche und behinderte Menschen steht durch die Verkürzung des Zivildienstes auf 15 Monate vor besonderen Problemen.

Durch den starken Aus- und Aufbau des Zivildienstes wurden sowohl die pflegerischen ambulanten Dienste als auch die stationären Einrichtungen massiv entlastet. Die Zivildienstleistenden haben in den vergangenen Jahren die personellen Lücken in diesen Bereichen gestopft.

Hermann-Josef Arentz, Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik: Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen fordert für die Träger der Sozialeinrichtungen, die durch die Verkürzung des Zivildienstes in personelle Schwierigkeiten geraten, eine sofortige finanzielle Unterstützung des Landes.

Den Einsatzstellen von Zivildienstleistenden soll in den Jahren 1990 und 1991 zur Beschäftigung von Ersatzkräften für die Dauer von fünf Monaten ein Zuschuß von 1 500 DM pro Person und Monat gewährt werden.

Dieser Zuschuß kann im Anschluß an den Zivildienst für die Weiterbeschäftigung der Zivildienstleistenden oder für die ersatzweise Beschäftigung von anderen Personen gewährt werden. Dabei ist in erster Linie an Frauen zu denken, die nach einer familienbedingten Unterbrechung der Erwerbsarbeit den Wiedereinstieg in eine pflegerische Tätigkeit suchen.

Das Modell der CDU-Landtagsfraktion NRW ist auch ein Modell für die anderen Bundesländer. Die Sicherung der sozialen Dienste ist originäre Landeszuständigkeit, und deshalb müssen auch die Länder die sozialen Dienste unterstützen. Dazu sind die Länder um so mehr verpflichtet, als sie bisher durch den starken Aus- und Aufbau des Zivildienstes erhebliche Summen im sozialen Bereich gespart haben — rund 1,5 Milliarden DM pro Jahr.

Gesamtdeutsches Institut berät auch weiterhin

Anfang August 1990 hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Aktion „Bürgertelefon“ beendet. Referenten des Ministeriums hatten seit dem 3. Juli 1990 einen Monat lang vielen tausend Bürgern am Telefon Rede und Antwort zu Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und zu Vermögensfragen gestanden. An zahlreiche Interessierte wurde zusätzlich Informationsmaterial versandt.

Das Bundesministerium für innerdeut-

sche Beziehungen weist darauf hin, daß beim Gesamtdeutschen Institut nach wie vor die Beratungsstelle des Ministeriums besteht, an die sich wenden kann, wer Fragen z. B. zu den anstehenden Regelungen offener Vermögensfragen, im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion oder zum Reiseverkehr hat.

Die Beratungsstelle ist telefonisch erreichbar unter der Rufnummer (02 28) 207-222; die Postanschrift lautet: Postfach 120607, 5300 Bonn 1.

Grundwehrdienst wird ab 1. Oktober von 15 auf 12 Monate verkürzt

Die Bundesregierung hat in der Kabinettsitzung am 23. August u. a. den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Dauer des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes verabschiedet.

Der Entwurf, der jetzt zur parlamentarischen Beratung ansteht, regelt die Herabsetzung der Dauer des Grundwehrdienstes von 15 auf 12 sowie des Zivildienstes von 20 auf 15 Monate ab 1. Oktober 1990.

Von der Verkürzung sind alle Dienstpflichtigen, die ihren Dienst erstmals zum 1. Oktober 1990 antreten, betroffen.

Dienstleistende, die nach bisherigem Recht zu einem längeren Dienst einberufen wurden, werden vorzeitig entlassen:

- Grundwehrdienstleistende nach 12 und mehr Monaten Dienstzeit;
- anerkannte Kriegsdienstverweigerer nach einem Zivildienst von 15 oder mehr Monaten.
- Der Entwicklungsdienst wird wieder zwei Jahre und die Mitwirkung im Katastrophenschutz statt bisher zehn Jahre künftig acht Jahre dauern.

Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, finanzielle Anreize für die Wehrpflichtigen, die sich künftig aus dem Grundwehrdienst heraus freiwillig auf 15 oder 18 Monate als Soldat auf Zeit verpflichten.

Diese Anreize sollen bei einer Verpflichtung auf 15 Monate ab dem 10. Dienstmonat und bei einer Verpflichtung auf 18 Monate schon ab dem 7. Dienstmonat gelten.

Ein unverheirateter Gefreiter erhält dann pro Monat statt rd. 390, — DM Wehrgeld, Dienstbezüge in Höhe von rd. 1.657, — DM netto.

Beim Ausscheiden aus dem freiwillig auf 15 oder 18 Monate verlängerten Wehrdienst erhalten diese Soldaten statt des an Grundwehrdienstleistende zu zahlenden steuerfreien Entlassungsgeldes in Höhe von 2.500, — DM eine steuerfreie Übergangsbeihilfe, und zwar

als unverheirateter Obergefreiter

- nach 15 Monaten rd. 3.178, — DM (1,5fache der letzten Dienstbezüge) und
- nach 18 Monaten rd. 3.814, — DM (1,8fache der letzten Dienstbezüge).

Norbert Blüm:

Politik mit Herz

Die Kriegsoffer in der DDR tragen die gleichen Lasten wie die Kriegsoffer bei uns. Aber das alte SED-Regime hatte kein Mitleid mit ihnen, hat sie fast wie Schuldige behandelt. Es gab keinen Schadensausgleich wie bei uns.

Das wird nun anders. Die Koalition in Bonn bietet an: Mit der deutschen Einigung werden die Kriegsoffer in ganz Deutschland ab 1. Januar 1991 prinzipiell gleichbehandelt. Die Geldleistungen beginnen zwar mit einem niedrigeren Einstiegswinkel — entsprechend dem Lohnniveau in der heutigen DDR. Aber die Instrumente der Fürsorge, der medizinischen Hilfe und der Rehabilitation stehen allen Kriegsoffern zur Verfügung.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Endlich kommt damit die Hilfe auch zu unseren kriegsgeschädigten Landsleuten, auf die sie 45 Jahre gewartet haben. Das ist Politik mit Herz. ■

Lufthansa geht mit gutem Beispiel voran

Die Entscheidung der Lufthansa, ein Rauchverbot auf Inlandsflügen ab 25. Oktober 1990 zu erlassen, ist zu begrüßen. Besonders positiv ist, daß diese Regelung in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Raucher getroffen worden ist. Nicht gegeneinander, sondern miteinander scheint zunehmend die Devise zu werden.

Die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage zeigen, daß sich über 50 Prozent der Raucher dem wachsenden Gesundheitsbewußtsein nicht verschließen. Insgesamt beweist die Zahl von über 90 Prozent Befürwortern eines Rauchverbotes bei innerdeutschen Flügen, daß die Bevölkerung die Rücksichtnahme auf das Gesundheitsinteresse der Nichtraucher sehr hoch einschätzt.

Der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Gefahren des Rauchens“, **Roland Sauer**: Weitere Verkehrsbetriebe, die bis jetzt noch kein Rauchverbot haben, sollten sich an dieser Entscheidung orientieren. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die große Mehrheit der Bevölkerung einem allgemeinen Rauchverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln positiv gegenübersteht.

Neue Wohnungen für Bergarbeiter

Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt hat den Kohleländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland insgesamt 210 Millionen Mark für den Bergarbeiterwohnungsbau 1990 zur Verfügung gestellt.

Davon erhält das Land Nordrhein-Westfalen allein 200 Millionen Mark. Niedersachsen bekommt 7,5 Millionen Mark. Weitere 2,5 Millionen Mark fließen in das Saarland. Die Mittel stammen aus einem Treuhandvermögen des Bundes, das in den 50er Jahren durch die Erhebung der Kohleabgabe von Bergbaunternehmen gebildet worden war. Das für die Beschäftigten im Bergbau zweckgebundene Geld kann sowohl für den Neubau von Miet- und Eigentumswohnungen als auch für die Modernisierung von Bergarbeiterwohnungen ausgegeben werden.

Bundesministerin Gerda Hasselfeldt: „Die Fortführung des Bergarbeiterwohnungsbaus ist gesichert. Mit der Vergabe der neuen Bundestreuhandmittel trägt der Bund zur Entlastung der Wohnungsmärkte in den Kohlerevieren bei. Dies gilt vor allem für die Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens.“

Merkblatt über die Anmeldung von Vermögensansprüchen in der DDR

Aufgrund der vielen Anfragen — sowohl schriftlich wie fernmündlich am Bürgertelefon — hat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ein Merkblatt mit Informationen über die Anmeldung

von Vermögensansprüchen in der DDR erstellt. Dieses Merkblatt kann beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen angefordert werden.

Telefon: (02 28) 3 06-22 30/24 30

Lafontaine ist bei seiner SPD gründlich gegen die Wand gelaufen

Zur Diskussion um die Bekämpfung des Asylrechtsmißbrauchs erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:

Die Zahl der Asylbewerber wächst. 1988 waren es etwas mehr als 100.000, 1989 über 120.000, 1990 ist schätzungsweise mit rund 180.000 Asylbewerbern zu rechnen, wenn der Zustrom weiter so anhält. Auf der anderen Seite nimmt die durchschnittliche Anerkennungsquote kontinuierlich ab. 1988 konnten noch 8,6 Prozent anerkannt werden, 1989 waren es nur um 5 Prozent. Zur Zeit liegt die Anerkennungsquote bei rund 3 Prozent.

Wenn 97 Prozent der Asylbewerber hier bleiben wollen, ohne in Wahrheit politisch verfolgt zu sein, so zeigt schon diese Zahlenrelation, daß es einen beachtlichen Mißbrauch des Asylrechts gibt. Unser Grundrecht aus Art. 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes wird aber auf die Dauer nur zu bewahren sein, wenn es gelingt, seinen massenhaften Mißbrauch zu verhindern.

Der Weg hierzu könnte über eine Ergänzung des Verfassungsartikels geebnet werden. Damit könnten wir eine Situation erreichen, die derjenigen anderer benachbarter EG-Länder entspricht, die wie wir Rechtsstaaten sind und die wie wir die Genfer Flüchtlingskonvention als innerstaatliches Recht übernommen haben. Nach Großbritannien kamen z. B. im Jahr 1988 nur 2.252 Asylbewerber; das sind rund 2 Prozent des Asylbewerberzustroms, den wir in der Bundesrepublik Deutschland erleben. Schon wenn es gelänge, bei uns durch eine Grundgesetz-

änderung den Asylbewerberzuström auf eine Größenordnung von etwa 30.000 bis 40.000 pro Jahr zu senken, wäre dies für unser Land problemlos verkraftbar. Dies allerdings setzt eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat voraus.

Die SPD hat sich über Jahre hinweg gegenüber einer Grundgesetzänderung hartnäckig verweigert. Es blieb daher nur der Weg, Maßnahmen unterhalb der Schwelle der Verfassungsänderung zu ergreifen. Hierzu zählten gesetzliche und organisatorische Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren, z. B. die Einführung der Praxis, Naturallei-

Der Zustrom der Asylbewerber nimmt weiter zu, die Anerkennungsquote nimmt kontinuierlich ab. Der Mißbrauch des Asylrechts muß verhindert werden.

stungen an Asylbewerber auf die Sozialhilfe anzurechnen und die Barbeträge entsprechend zu kürzen.

Solche Maßnahmen sind von den SPD-Ländern stets in diffamierender Weise kritisiert worden. Kennzeichnend für die Charakterhaltung des Kanzlerkandidaten Lafontaine ist es, wie schnell er auf den Kurs der CDU-Länder einschwenkte, als er in der Gemeinde Lebach auf einmal mit der Asylbewerberproblematik selbst unmittelbar konfrontiert wurde. Mit markigen Worten übernahm Lafontaine die Praxis der unionsgeführten Länder.

Ab Mitte September 300 Meter Mindesthöhe bei Tiefflügen

Bei den Tiefflügen von Militärflugzeugen über Bundesgebiet wird es nach Angaben von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg in Kürze zu einer grundlegenden Entlastung kommen. Nach einer Entscheidung von US-Präsident George Bush seien die USA bereit, künftig eine Mindesthöhe von 300 Metern bei Übungen einzuhalten.

Für die Übungen der Bundesluftwaffe ist nach seinen Angaben eine entsprechende Regelung bereits erlassen. Stoltenberg hat auch die anderen Alliierten ersucht, sich dieser Neuregelung anzuschließen, die ab Mitte September gelten soll. Damit würden auch die besonderen Tieffluggebiete, in denen bis jetzt in 75 Meter Höhe geübt werde, nicht mehr genutzt, kündigte der Minister an.

Dazu erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bernd Wilz**: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

begrüßt das von Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg in langen und schwierigen Verhandlungen erzielte herausragende Ergebnis zur drastischen weiteren Reduzierung der Fluglärmbelastung in unserem Lande. Das ab Mitte September wirksame neue Tiefflugkonzept erfüllt in vollem Umfang die seit längerer Zeit aufgestellten Forderungen der CDU/CSU-Fraktion und ungezählter Stellen des öffentlichen Lebens.

Diese einschneidende Reduzierung des Tiefflugs über unserem Lande ist Ausfluß der erfreulichen, veränderten sicherheitspolitischen Situation in Mitteleuropa und berücksichtigt bereits Forderungen einer seit dem Londoner NATO-Gipfel erwarteten neuen NATO-Strategie.

Die Regierung Kohl erntet wiederum eine Frucht ihrer weitsichtigen Sicherheitspolitik und ihres jahrelangen glaubwürdigen Beitrags für das Bündnis.

Dabei schreckte er nicht davor zurück, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, er ginge weit über alles Dagewesene hinaus, weil diese Maßnahmen unter dem Stichwort „Streichung der Sozialhilfe“ der Öffentlichkeit vermittelt wurden. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß eine Streichung der Sozialhilfe wegen Verstoßes gegen die Menschenwürde und gegen das Sozialstaatsprinzip mit unserer Verfassungsordnung nicht vereinbar wäre.

Mit seinem Vorschlag, die Vorstellungen der Union zur Änderung des Asylgrundrechts in der Verfassung aufzugreifen, ist Lafontaine bei seiner SPD gründlich gegen die Wand gelaufen. Es gibt kaum jemanden in der SPD, der dem Kanzlerkandidaten Lafontaine mit seinem Vorschlag folgt. Dies bestärkt die Vermutung, daß Lafontaine selber nicht an das glaubt, was er sagt. Sein Vorschlag ist lediglich auf Stimmenfang im Wahlkampf ausgerichtet.

Drastische Verringerung der Tiefflüge!

Die Einheit Deutschlands und Europas hat neue Chancen für die Abrüstung geschaffen.

Die Bundesregierung hat jetzt erreicht:

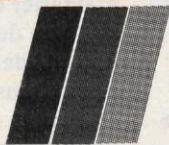
- Alle Tiefflugübungen unter 300 Metern werden eingestellt.
- Die sieben besonders ausgewiesenen Tieffluggebiete in der Bundesrepublik werden abgeschafft.
- Für die Bundeswehr gilt diese Regelung ab sofort; die Alliierten werden bald nachziehen.

Das bedeutet: weniger Lärmbelastung und weniger Störungen für alle betroffenen Bürger.

Es zeigt sich schon jetzt:

**Die Einheit ist das beste Friedens-
und Abrüstungsprogramm!**

CDU



*Die
Zukunft*

MODERNE PARTEIARBEIT IN DEN 90ER JAHREN

BÜRGERNAHE FORMEN DER PARTEIARBEIT ZIELGRUPPEN- ANSPRACHE

- X Veranstaltungsmodelle
- X Zielgruppen / Vorpolitischer Raum
- X Veranstaltungsorganisation



Handbücher

Als drittes in der neuen Reihe unserer Handbücher zur modernen Parteiarbeit in den 90er Jahren im DIN-A4-Format ist die Ausgabe über „Bürgernehe Formen der Parteiarbeit“ (Bestell-Nr.: 4075) erschienen.

Bereits erschienen und in der letzten Ausgabe des Uid vorgestellt sind die Handbücher „Mitgliederwerbung leichtgemacht“ (Bestell-Nr.: 6264) und „Mit uns für eine bessere Umwelt“ (Bestell-Nr.: 4266)

Alle Handbücher sind nur in der Mindestbestellmenge von 10 Exemplaren erhältlich. Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM.

Bestellungen an

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

Gesundheitsvorsorge durch Sport

Mit einer erheblichen Ausweitung der sozialen Aufgaben des Sports rechnet die CDU in ihrem neuen Sportprogramm. Sie erwartet, daß vor allem die eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge durch Sport geweckt und gestärkt werden kann.

Aus Anlaß der Verabschiedung dieses Programms erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport, Ferdi Tillmann, daß zu den Zielen der CDU auch gehört, die Menschen möglichst frühzeitig an den Sport heranzuführen und zu einem lebenslangen Sporttreiben anzuregen.

Der deutsche Einigungsprozeß mache es zudem notwendig, die unterschiedlichen Sportstrukturen in den beiden

deutschen Staaten zusammenzuführen, die in der DDR fehlenden Grundlagen für Breiten- und Vereinssport aufzubauen und den Spitzensport der DDR in das Förderkonzept der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen.

Tillmann vertrat noch einmal den Grundsatz, daß Sportanlagen sich dort befinden müssen, wo die Menschen leben. Deshalb hätten auch die Parlamentarier der Union im Baugesetzbuch, in der Baunutzungsverordnung und bei der Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der „Sportplatz um die Ecke“ erhalten bzw. geschaffen werden kann.

**Neue
Faltblätter**

Wir haben die Serie unserer Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema“ vervollständigt. Neu sind die Themen:

- Gesundheitsreform:
Bestell-Nr.: 2301
- Alter:
Bestell-Nr.: 2299
- Sicherheit
des Bürgers:
Bestell-Nr.: 2302
- Landwirtschaft:
Bestell-Nr.: 2295

In der Serie sind bereits erschienen

- Staatsvertrag mit
der DDR:
Bestell-Nr.: 2271
- Ausländer:
Bestell-Nr.: 2214
- Umwelt:
Bestell-Nr.: 2215
- Renten:
Bestell-Nr.: 2216
- Drogen:
Bestell-Nr.: 2217

Mindestabnahme:
50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM
inklusive Versand
zuzüglich MwSt.

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

**Land-
wirtschaft**

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

Alter

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

**Gesundheits-
reform**

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

**Sicherheit
des Bürgers**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Ein Satz, der von Herzen kommt!

Wir wollen noch einmal auf unser neues Plakat mit der optimistischen Aussage „Wir freuen uns auf Deutschland“ hinweisen. Es ist in zwei Größen zu haben:

● **DIN A0: Bestell-Nr.: 7286**
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 62,— DM

● **DIN A1: Bestell-Nr.: 7287**
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 38,— DM.
Dasselbe Motiv ist auch als Wandzeitung erschienen.

● „Wir freuen uns auf Deutschland“ gibt es auch als Aufkleber: Bestell-Nr.: 9289
Mindestabnahme: 200 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

● Der Aufkleber „Wir sind ein Volk — CDU“ ist unter der Bestell-Nr.: 9210 zu haben. Mindestabnahme: 200 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.



UID

26/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.